



## **BESCHLUSS-(RESOLUTIONS-)ANTRAG**

der Gemeinderät\*innen Mag.<sup>a</sup> Berivan Aslan, Viktoria Spielmann BA und Nikolaus Kunrath (GRÜNE), eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 22.9.2021 zur Debatte zum Dringlichen Antrag betreffend „Humanitäre Hilfe für Afghaninnen und Afghanen vor Ort“

### **Ausbau, Erhalt und Evaluierung von Angeboten für Schutzsuchende**

#### **B E G R Ü N D U N G**

Nach dem Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan und der Machtübernahme der Taliban hat sich die Sicherheits- und Menschenrechtslage in vielen Teilen des Landes massiv verschlechtert. Schätzungen zufolge sind seit Anfang 2021 über 550.000 Afghan\*innen innerhalb des Landes neu vertrieben worden, davon 126.000 neue Binnenvertriebene allein zwischen 7. Juli und 9. August 2021. Wie viele Menschen genau aufgrund der Kampfhandlungen und Menschenrechtsverletzungen das Land verlassen haben, ist derzeit noch unbekannt.

UNHCR hat kürzlich ein Positionspapier veröffentlicht.<sup>1</sup> Darin fordert UNHCR die Staatengemeinschaft unter anderem auf, „*der aus Afghanistan fliehenden Zivilbevölkerung Zugang zu ihrem Staatsgebiet zu gewähren und die Einhaltung des Non-Refoulement-Grundsatzes durchgehend sicherzustellen.*“

Die österreichische Bundesregierung kündigte an, EUR 10 Mio für Hilfsprogramme des UNHCR zur Verfügung zu stellen. Dies wurde von UNHCR sehr begrüßt. Allerdings, forderte UNHCR die Staatengemeinschaft darüber hinaus auf, neben humanitärer Hilfe Solidarität mit Afghan\*innen und Erstzufluchtsstaaten auch im Rahmen von Aufnahmeprogrammen zu beweisen.

---

1 Siehe <https://www.refworld.org/cgi-bin/texis/vtx/rwmain/opendocpdf.pdf?reldoc=y&docid=612356764>.

Die unterzeichnenden Gemeinderät\*innen stellen daher gemäß 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

**BESCHLUSSANTRAG:**

Die Stadt Wien bekennt sich zum Erhalt und Ausbau des Angebots für Schutzsuchende Menschen sowie zur Umsetzung der Empfehlungen von UNHCR.

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert, Leerstände für Schutzunterkünfte zu evaluieren, damit adäquat ausgestattete Quartiere für Schutzsuchende in ausreichender Anzahl rasch und nachhaltig ermöglicht werden.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrages.

Wien, am 22.9.2021